

„STOP TTIP“ SCHREIBT GESCHICHTE!

TEXT CHARLIE RUTZ

Binnen zwei Jahren hat Mehr Demokratie gemeinsam mit anderen ein Bündnis aus mehr als 500 Organisationen formiert, das in ganz Europa gegen TTIP und CETA mobil macht. Binnen eines Jahres haben 3.284.289 Menschen die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) des Bündnisses „Stop TTIP“ unterzeichnet. Das sind dreimal so viele Unterschriften, wie eine offizielle EBI bräuchte. In 23 Ländern schaffte die EBI die Unterschriftenhürde – in einem offiziellen Verfahren wären sieben Länder notwendig gewesen. Für die EU-Kommission jedoch nicht Grund genug, dieses überwältigende Votum von Millionen Menschen angemessen zu honorieren. Sie schickte nur einen Stellvertreter, der die Unterschriften symbolisch entgegennahm.

Drei Tage später folgte der krönende Abschluss der „Stop TTIP“-Sammlung: 250.000 Menschen gingen am 10. Oktober in Berlin gegen TTIP und CETA auf die Straße – die größte politische Demonstration seit dem Irak-Krieg. Laut dem Institut für Bewegungsforschung, das während der Großdemo eine Befragung durchführte¹, hätten nicht nur die in der Medienberichterstattung prominenten Themen der Sozial- oder Verbraucherschutzstandards die Menschen mobilisiert. Im Mittelpunkt stehe die grundsätzliche Befürchtung, TTIP und CETA stellten eine Gefahr für die Demokratie dar. Das zeigt, dass es Mehr Demokratie erfolgreich gelungen ist, seine demokratiepolitische Kritik in punkto Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) und Regulatorischer Kooperation in der öffentlichen Debatte zu setzen.

Weniger Berührungängste als die EU-Kommission zeigte EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Am 9. November nahm er in Berlin persönlich die 3,28 Millionen „Stop TTIP“-Unterschriften entgegen. Zwar machte er im Gespräch keinen Hehl daraus, dass er TTIP und CETA nicht grundsätzlich ablehnt. Jedoch versprach er, sich mit dem EU-Petitionsausschuss in Verbindung zu setzen und von diesem prüfen zu lassen, ob die Ablehnung der „Stop TTIP“-EBI rechtens war und ob eine Anhörung vor dem EU-Parlament möglich sei. Zudem ließ er wissen, dass er die privaten Schiedsgerichte, wie sie im bereits fertig verhandelten CETA-Abkommen geregelt sind, ablehnt. Auch kritisierte Schulz die Intransparenz der Verhandlungen. Diese Reaktion macht deutlich: Die politischen Entscheidungsträger/innen können „Stop TTIP“ nicht mehr ignorieren. Zu groß ist mittlerweile der Protest.

Währenddessen ist CETA aus dem Windschatten des großen Bruders TTIP getreten, was die politische Umsetzung angeht. Denn es liegt, im Gegensatz zu TTIP, bereits fertig verhandelt auf dem Tisch – im Gegensatz zu seinem Verhandlungsmandat, das noch immer nicht offiziell veröffentlicht wurde. Bundesregierung und EU halten es unter Verschluss. Mit einer E-Mail-Aktion forderten Mehr Demokratie und Foodwatch gemeinsam mit mehreren zehntausend Unterzeichner/innen eine Veröffentlichung des Mandats. Es gelangte inzwischen von dritter Seite an die Öffentlichkeit. Laut der geleakten Papiere² streiten die EU-Kommission und der EU-Ministerrat, in dem die Regierung

gen der Mitgliedstaaten vertreten sind, ob die Abkommen oder einzelne Klauseln darin nationale Zuständigkeiten tangieren. Wenn ja, dann müsste neben dem EU-Parlament jeder einzelne EU-Mitgliedstaat über TTIP und CETA abstimmen. Ein von Mehr Demokratie beauftragtes Gutachten³ kommt zu genau diesem Schluss (siehe **mdmagazin** Nr. 106). Im Jahr 2009, als das Verhandlungsmandat für CETA erteilt wurde, durfte die EU noch nicht über Investitionen verhandeln, da die Kompetenz dafür bei den Mitgliedstaaten lag. Erst der Vertrag von Lissabon übertrug dieses Thema der EU, und im Juli 2011 gelangte der Punkt Investorenschutz (einschließlich der besonders strittigen Schiedsgerichte) mit in das CETA-Mandat. Der EU-Rat schrieb in die Mandatsänderung mit hin- ▶

¹ Institut für Protest- und Bewegungsforschung: Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne. Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration „TTIP & CETA stoppen. Für einen gerechten Welthandel!“ am 10. Oktober in Berlin. Web: https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/11/ipb_bericht-stop-ttip-befragung.pdf

² Die Dokumente sind auf unserer Webseite verfügbar: das ursprüngliche CETA-Mandat vom April 2009 unter www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2009_CETA-Mandat_leak.pdf, der Änderungsentwurf für das CETA-Mandat von 2010 unter www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2010_CETA-Mandat_leak.pdf und die Ergänzung des CETA-Mandats von 2011 unter www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2011_CETA-Mandat_leak.pdf

³ stop-ttip.org/de/wp-content/uploads/sites/4/2015/11/15_11_12-Ratifizierungsprozesse-in-den-EU2-DE.pdf

Einen Tag nach Ende der Sammelfrist, am 7. Oktober, präsentierte das „Stop TTIP“-Bündnis der EU-Kommission in Brüssel 3,26 Millionen Unterschriften - mit Abstand die größte Unterstützung, die eine EBI bisher erreicht hat. „Wir haben in genau einem Jahr dreimal so viele Unterstützerinnen und Unterstützer aus ganz Europa hinter uns vereint wie für eine offizielle EBI nötig. Wir haben die Unterschriftenhürde in 23 statt in sieben Ländern übersprungen, mehr als 500 Organisationen europaweit stehen hinter Stop TTIP“, erklärte Susan George vom „Stop TTIP“-Bürgerrausschuss. (Foto: Alexander Garrido Delgado)



Aufwärmübungen für den großen Tag: Im September haben Aktive in Berlin und bundesweit gleich mehrmals für die Demonstration am 10. Oktober mobilisiert. (Foto: Uwe Hixsch)

Höhepunkt und Abschluss der sEBI gegen TTIP und CETA: Am 10. Oktober gehen in Berlin schätzungsweise 250.000 Menschen auf die Straße. Sie fordern ein Ende der TTIP-Verhandlungen und den Verzicht auf CETA. (Foto: Jan Hagelstein)





Leserecht für das Parlament!
Gemeinsam mit Bundestags-
abgeordneten ruft Mehr
Demokratie die Bundesregie-
rung auf, endlich auch den
Parlamentarier/innen wichtige
Verhandlungsdokumente zu
TTIP zugänglich zu machen.
(Foto: Uwe Hiksich)

Am 9. November übergab
„Stop TTIP“ die knapp
3,3 Millionen Unterschriften
symbolisch an EU-Parlaments-
präsident Martin Schulz. Er
versprach, vom EU-Petitions-
ausschuss prüfen zu lassen,
ob die Ablehnung der EU-
Bürgerinitiative „Stop TTIP“
rechters war und ob die Initiative
vor dem EU-Parlament sprechen
kann. (Foto: Jakob Huber)



Großer Andrang am Infostand von Mehr Demokratie.
(Foto: Holger Boening)



ein, dass beim Investitionsschutz auch über Bereiche gemischter Zuständigkeit verhandelt werde. Gemischte Zuständigkeit – das bedeutet, dass CETA von allen 28 EU-Mitgliedstaaten einzeln ratifiziert werden muss. Kein Wunder, dass dies der EU-Kommission überhaupt nicht gefällt, erschwert es doch die Ratifizierung von CETA erheblich. In einer Erklärung zur Änderung des Verhandlungsmandates bezweifelt die EU-Kommission die Rechtsauffassung des Rates, dass im Bereich Investitionsschutz auch Kompetenzen der Mitgliedstaaten betroffen seien. Am Beispiel des Handelsabkommens zwischen der EU und Singapur zeigt die EU-Kommission, wie ernst sie dies nimmt: Sie lässt den Europäischen Gerichtshof diese Frage klären. Wenn das Gericht der EU-Kommission recht gibt, wird sie dieses Urteil vermutlich auf CETA übertragen wollen, um so die Mitgliedstaaten zu umgehen.

Derzeit wird der CETA-Vertragstext juristisch geprüft. Danach beginnt die Übersetzung, die etwa sechs Monate in Anspruch nehmen wird. Diese wird dann wiederum von den Mitgliedstaaten geprüft und dann erst beginnt das Zustim-

mungs- und Ratifizierungsverfahren. Das heißt, CETA wird erst im Laufe des Jahres 2016 in die heiße Phase kommen. Ein Schwerpunkt der Arbeit von Mehr Demokratie wird sein, die Ratifizierung von CETA zu verhindern.

Was TTIP angeht, streiten die Verhandler derzeit über viele ungeklärte Fragen – vor allem über den Investorenschutz. Weil das so ist, wurde der bei der letzten Verhandlungsrunde Mitte Oktober in Miami ausgeklammert. Eines scheint gewiss: Die TTIP-Verhandlungen ziehen sich weiter in die Länge. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den USA das ganze Jahr 2016 der Präsidentschaftswahlkampf die Politik dominieren wird. Daher ist es sehr unwahrscheinlich, dass vor den Wahlen im November 2016 ein ausgehandelter Vertragstext für TTIP vorliegt. Mehr Demokratie hat sich über die inhaltliche und demokratiepolitische Kritik an TTIP, CETA und TiSA hinaus Gedanken gemacht, wie Handelsverträge der EU demokratisiert werden können. Dazu legte der Bundesvorstand bei der Bundesmitgliederversammlung im November ein von Dr. Michael Efler ausgearbeitetes Papier⁴ vor, das mit überwältigender Mehr-

heit angenommen wurde. Es fordert mehr Mitsprache der Bürger/innen bei internationalen (Handels-)Verträgen. Die EU-Bürger/innen müssten über das Inkrafttreten eines EU-Vertrages per Referendum entscheiden können und auch Verhandlungsmandate zum Thema einer Europäischen Bürgerinitiative machen dürfen. Außerdem könnte die Möglichkeit geschaffen werden, dass eine bestimmte Anzahl Bürger/innen einen Verhandlungsvorschlag in laufende Verhandlungen einbringen kann. Auch die internationale Handelspolitik muss demokratischen Standards genügen. /

⁴ Bundesvorstand von Mehr Demokratie: Antrag an die Bundesmitgliederversammlung. Forderungen zur Demokratisierung von EU-Handelsverträgen vom 3. November 2015.

Charlie Rutz
Verantwortlich für Social Media und Webauftritt bei Mehr Demokratie.